

Die eilige Koalition

Union und FDP drücken Euro-Rettungspaket im Rekordtempo durch den Bundestag

Von Daniela Vates

BERLIN. Es gibt Tage im Parlament, da haben auch Genesungswünsche ihre ganz eigene Wirkung. Der Bundestag soll über das Milliarden-Paket zur Eurorettung abstimmen, Außenminister Guido Westerwelle tritt ans Rednerpult und wünscht SPD-Chef Sigmar Gabriel „Gute Besserung“. Der hat gerade irgendetwas am rechten Bein, jedenfalls humpelt er durch den Bundestag. „Gute Besserung“, sagt also Westerwelle. Und die SPD schreit empört auf.

Westerwelle mag es sogar ernst gemeint haben, aber die öffentliche Wohlerzogenheit wirkt ein wenig zu kalkuliert. Für Westerwelle ist die Empörung der SPD dann auch eine Reaktion, die gut zu dem passt, was er sagt: Er wirft den Sozialdemokraten und übrigens auch den Grünen vor, die Abstimmung über das Euro-Paket parteipolitisch zu missbrauchen: „Es geht nicht darum, ob sie die Regierung gut finden, sondern darum, wie sie zum Euro stehen“, ruft er. Er wird ein wenig laut dabei. Es ist überhaupt ziemlich laut an diesem Tag im Bundestag, es gibt so viele Zwischenrufe wie selten. Der Bundestag zeigt Gefühle. Und nicht immer, da hat Westerwelle schon recht, geht es dabei um die Sache.

Ganz sauber spielt an diesem Tag keiner im Parlament.

Da ist auf der einen Seite die Regierung, die die Abstimmung schnell haben möchte, und zwar nicht nur, weil es unbedingt ein Signal „an die Märkte“ geben soll. Unions-Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier findet, es sei ein Zeugnis „demokratischer Reife“, wenn der Bundestag dem Hilfspaket jetzt zustimme. Die FDP erinnert daran, dass die Bundesbank eine schnelle Entscheidung ange-

mahnt habe. Ein wichtiger Grund für die Eile der Koalition ist allerdings auch, dass sie sich ihrer eigenen Abgeordneten nicht sicher sein kann. Die gehen nun in eine zweiwöchige Pfingstpause, und es gibt die Befürchtung in der Regierung, dass es schwieriger sein würde, eine Mehrheit zu finden, wenn die Abgeordneten länger mit der Skepsis der Wähler konfrontiert waren.

Auf der anderen Seite ist die Opposition. SPD und Grüne betonen, dass sie das Paket grundsätzlich für gut halten. Aber in dieser Eile wollen sie dem Ganzen nicht zustimmen. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagt, der Bundestag sei kein „Abnick-Parlament“. Die Regierung verlange zwar schnelle Entscheidungen, schnell arbeiten könne sie aber nicht. Die Kanzlerin habe das Parlament nicht früh genug und nicht ausreichend informiert, kritisieren Redner der Oppositionsfraktionen. Die Regierung hält dagegen, Westerwelle wedelt mit einem mehrseitigen Papier. Das habe die Opposition bekommen, da stehe genug drin, sagt er.

Die Opposition sagt, die Kanzlerin habe zugesagt, es werde vor der Bundestags-Abstimmung das Vertragswerk über die Eurohilfe geben. Weil es das nun doch nicht gibt, heißt es, die Bundeskanzlerin habe gelogen oder mindestens die Übersicht verloren. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gibt zurück, es gebe die Eckpunkte und in der Sache sei damit klar, über was entschieden werden solle. Außenminister Westerwelle sagt, Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen habe die Opposition doch darauf hingewiesen, dass es schwierig werden könne mit der rechtzeitigen Fertigstellung des

Vertragsentwurfs.

Die Opposition sagt, sie habe aber Merkel gefragt.

Taktische Finessen, Einzelfragen, schimpfen die Koalitionsvertreter. SPD-Chef Sigmar Gabriel wirft der Kanzlerin vor, „Deutschlands oberste Animateurin“ zu sein, aber selbst keine Entscheidungen zu treffen. Er schafft es irgendwie, von der Euro-Rettung zu Studiengebühren zu kommen und findet Merkel sei „nur so lange eine mutige Bundeskanzlerin gewesen, solange sie von Sozialdemokraten bewacht“ worden sei. Im Gegenzug wirft die FDP der SPD vor, in elf Jahren Regierung selbst nichts zur Regulierung der Finanzmärkte beigetragen zu haben.

Der Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin wirft wiederum FDP-Chef Westerwelle vor, sich in der Griechenland- und Euro-Krise verdächtig still verhalten, gegen Griechenland wetternde Parteikollegen nicht zur Raison gerufen und damit die Probleme noch verschlimmert zu haben. Sein Parteikollege Fritz Kuhn bezichtigt Merkel dann sogar des Verfassungsbruchs, weil er das Parlament nicht ausreichend berücksichtigt sieht.

Grüne und SPD enthalten sich schließlich der Stimme, die Linkspartei stimmt mit Nein. Den Versuch der Linkspartei, die Abstimmung zu verschieben, weisen die Regierungsfractionen mit ihrer Mehrheit zurück. Auch bei dieser Abstimmung enthalten sich Grüne und SPD.

Gegen das Europaket stimmen vier Abgeordnete der Union und zwei der FDP. Drei Koalitionspolitiker enthalten sich. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hat bereits angekündigt, gegen das Paket zu klagen.